"In Brandenburg ist man schneller im Tun"

04.10.23 | Berlin

"In Brandenburg ist man schneller im Tun"

Der neue UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp über Vorzüge Brandenburgs, Berliner Politik und Industrie in der Stadt.

Herr Schirp, Sie führen ab dem 1. Oktober die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) und sprechen damit auch für Betriebe mit mehr als einer Million Beschäftigten in der Hauptstadtregion. Was wollen Sie anders machen als ihr Vorgänger?

Alexander Schirp: Ich wäre schlecht beraten, wenn ich radikale Veränderungen anstreben würde. Christian Amsinck hat die Verbände ja 16 Jahre lang geführt und auch in beiden Ländern hervorragend positioniert. Das gilt sowohl für die Betreuung unsere Mitgliedsfirmen als auch für die politische Arbeit. Die großen Linien werden also weitergezogen.

In Berlin hatte man allerdings den Eindruck, dass die Wirtschaft mit ihren Forderungen bei den vorherigen Landesregierungen nie wirklich durchdrang. Hat sich das nun geändert?

Den Eindruck teile ich nicht. Man hat uns schon zugehört, allerdings ist der Dialog jetzt tatsächlich einfacher geworden . Der Vorgänger-Senat war sehr stark mit sich selbst beschäftigt und mit internen

Auseinandersetzungen. Nun ist die Arbeit auf die Sache fokussiert.

Trotzdem könnten in Berlin so etwas wie eine Ausbildungsumlage eingeführt werden. Ein Instrument, dass die Wirtschaft mit breiter Stimme ablehnt. Warum glauben Sie hält der Senat aus CDU und SPD daran fest?

Sie haben genau das herausgepickt, was ich auch als Wermutstropfen sehe. Die Ausbildungsumlage, das ist ja kein Geheimnis, ist ein Projekt der Arbeitssenatorin. Und wie das so ist in einer Koalition, muss einer der Partner auch mal nachgeben. An dieser Stelle hat die CDU nachgegeben. Wobei wir erst einmal abwarten wollen. Wir kommen jetzt in eine Phase, die darauf ausgerichtet ist, 2000 zusätzliche Ausbildungsverträge unter Dach und Fach zu bringen. Wenn das gelingt, wird es keine Ausbildungsumlage geben. Das ist nicht unmöglich, aber schon sehr, sehr ambitioniert.

Das neue Bündnis für Ausbildung wackelte schon beim Start oder eigentlich vor dem Start. Vor allem konkrete Maßnahmen in Sachen Berufsorientierung forderte nicht nur der UVB, sondern auch die Industrie- und Handelskammer. Spüren Sie dabei nun Bewegung?

Wir haben die Zusage, dass etwas kommt, aber haben inhaltlich noch nichts gesehen. Das muss aber passieren bis zur nächsten Bündnissitzung im vierten Quartal. Der Senat will Anfang Oktober über seine Prioritäten für den Rest der Legislatur beraten. Da erwarten wir aus den Bereichen Arbeit und Bildung schon Konkretes.

Was muss sich denn ändern, um das Ziel 2000 zusätzliche Ausbildungsverträge zu erreichen?

Bei der Berufsorientierung und dem Übergang von der Schuler in eine Ausbildung benötigen wir Verbesserungen. Bei der Orientierung geht es vor allem um die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten. Derzeit gibt es an den Schulen schlicht zu wenig Kräfte, die sich darum kümmern können. Unser Vorschlag ist, dass wir dafür Menschen gewinnen, die keine Lehrer sind. Im Übergang ist unser großes Thema Verschlanken bei der Vielzahl von Kursangeboten. Da gibt es derzeit einen Wildwuchs an Angeboten für junge Leute zwischen Schule und Beruf. Das ist viel zu intransparent. Selbst Profis, die in diesem System beraten sollen, fehlt hier der Überblick. Wir verweisen da auf Hamburg, wo es nur noch drei Maßnahmen gibt und wo genau geschaut wird, welcher Jugendliche welchen Bedarf hat. Dabei spielt das elfte Pflichtschuljahr, das wir ja auch in Berlin bekommen werden, eine große Rolle. Denn der überwiegende Teil der Maßnahmen sollte unserer Auffassung nach an den Oberstufenzentren stattfinden.

Glauben Sie denn, der Wirtschaft in Berlin kann es gelingen, die Umlage zu verhindern?

Wir hoffen das Beste. Festzuhalten ist aber, dass es ein Plus von 2000 abgeschlossenen Lehrverträgen in der Quantität noch nie gegeben hat. Ich befürchte, dass diese von mir eingeforderten Maßnahmen länger brauchen, um wirklich zu wirken. Wir müssen dennoch jetzt das Richtige tun. Ob das bis 2025 wirkt, werden wir dann sehen.

Das Interview in der "Berliner Morgenpost" ist am 1. Oktober 2023 erschienen.

Auch der schleppende Wohnungsbau ist ein Punkt, der sich negativ im Werben um neue Fachkräfte auswirken könnte. Wer keine Unterkunft findet, kommt eben einfach nicht nach Berlin, um hier zu arbeiten. Ist die Bauordnungsnovelle in dieser Hinsicht der große Wurf?

Positiv ist zunächst, dass es sowohl im Bund als auch im Land ein echtes Bemühen gibt, etwas am Status Quo zu verbessern. Wir sehen auch Ansätze im Bereich Nachverdichtung, die funktionieren können. Es geht sicherlich vieles in die richtige Richtung. Noch besser wäre es gewesen, wenn man die Bauordnung mit Brandenburg harmonisiert hätte.

Sollten Unternehmen selbst das Problem lösen und wieder so etwas bauen wie Werkswohnungen? Das war zu Zeiten des Wirtschaftswunders und auch davor ja schonmal eine gute Lösung.

Das Thema Werkswohnungen ist auf dem Schirm größerer Unternehmen. Mir ist aber noch kein Projekt bekannt, wo ein Unternehmen selbst baut. Es gibt aber etliche Fälle, wo sich Firmen bei Wohnungsbaugesellschaften schon Kontingente für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesichert haben – auch in Berlin. Unternehmen haben allerdings die gleichen Probleme wie alle anderen, die im Moment bauen wollen. Es ist wahnsinnig teuer geworden. Wenn wir mit den Zinsen wieder auf ein erträglicheres Niveau kommen, werden wir sicher auch Fälle sehen, bei denen Unternehmen Wohnungen für ihre Beschäftigten errichten.

Eine Antwort auf den Fachkräftemangel ist auch Zuwanderung. Inzwischen hat fast jeder fünfte Arbeitnehmer in Berlin schon einen ausländischen Pass. Kann die Wirtschaft ohne qualifizierte Ausländer überhaupt noch funktionieren?

Kann sie nicht, das bestreitet ja auch keiner. Wir haben die große Chance in Berlin, dass es hier fast aus jeder Nationalität schon eine Community gibt. Das zieht andere nach. Da gibt es Regionen in Deutschland, die sich mehr Sorgen machen müssen, Fachkräfte zu gewinnen. Deutschland ist ja insgesamt nicht begünstigt allein aufgrund unserer Sprache. Da haben wir immer gegenüber Englisch und Spanisch einen Wettbewerbsnachteil. Aber innerhalb des deutschsprachigen Raums müssen wir uns in Berlin nicht verstecken.

Neubürger kommen durchaus auch Kontakt mit der Berliner Verwaltung. Haben Sie den Eindruck CDU und SPD bekommen dieses Mal zusammen mit den Bezirken das große Rad gedreht?

Es gibt Ansätze, da wo das Land im aktuellen Rechtsrahmen handeln kann. Aber immer dann, wenn die Zweistufigkeit der Berliner Verwaltung mit ins Spiel kommt, wird es schwierig. Die spannende Frage wird sein, ob es gelingt, eine Mehrheit für eine Änderung der Landesverfassung zu gewinnen. Ich würde mir das wünschen.

Ist Brandenburg aus Ihrer Sicht eigentlich wirtschaftsfreundlicher als Berlin?

Es ist zumindest aktuell wirtschaftlich erfolgreicher. Das ist ja vielleicht ein Indiz. Politisch kann man sagen, ist es nicht so aufgeladen und nicht so aufgeregt. In Berlin wird ja versucht, jeden Handgriff in eine politische Dimension zu bringen. In Brandenburg sind diese Prozesse schneller beendet und man ist schneller im Tun. Das ist für Unternehmen ein wichtiger Aspekt.

Welche Vorteile bestehen denn für Unternehmen in Brandenburg im Vergleich zur Bundeshauptstadt?

Flächen sind ein großes Thema. In Berlin ist das aus nachvollziehbaren Gründen schwieriger. Man wird schon fast müde immer das Beispiel Tesla nun nennen. Aber die von Bundeskanzler Scholz ins Feld geführte „Deutschland-Geschwindigkeit“ konnten wir da mal bei der Ansiedlung eines Unternehmens erleben. Das ist ein Pfund, was ja auch unheimlich viele Ansiedlungen von Zulieferern nach sich zieht.

Was von Tesla auch immer benannt wurde, ist die große Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien.

Das ist ein Faktor. Brandenburg produziert mehr erneuerbare Energien als es selbst verbrauchen kann. Generell sind wir sehr froh, dass die aktuellen Regierungschefs in Berlin und Brandenburg sehr früh zusammengekommen sind und nun konzentriert gemeinsam daran arbeiten, die Region nach vorne zu bringen.

Fraglos kommt beim Thema Energie aber auch noch auf die Unternehmen in Berlin viel zu. Man wird viel Geld in die Hand nehmen müssen, um das Ziel, Klimaneutralität, zu erreichen. Was fordern Sie in dieser Hinsicht von der Politik?

Energie war ja nie billig. Unternehmen haben schon immer darauf geachtet, keine Energie zu verschwenden. Das hat jetzt einen neuen Schub bekommen, viele Unternehmen arbeiten daran, Energie noch effizienter einzusetzen. Sicherlich gibt es aber auch Unternehmen, die sich nicht darüber freuen, dass wir viele Energiequellen politisch kappen, aber beim Ausbau der Erneuerbaren nicht die „Deutschland-Geschwindigkeit“ an den Tag legen. In Berlin blicke ich mit Hoffnung auf das Sondervermögen Klimaschutz über zunächst fünf Milliarden Euro. Ich glaube, das ist eine gute Grundlage, um mit den Unternehmen zu diskutieren, wo eine Unterstützung sinnvoll ist. Wir haben einen Vorschlag gemacht, bei dem es darum geht, die Klimabilanz von Industrie- und Gewerbegebieten in Gänze zu betrachten und so dort zu Gesamtlösungen zu kommen. So müsste man nicht Haus für Haus vorgehen und möglicherweise Ressourcen verschwenden. Da läuft die Ideensammlung. Daran werden wir uns weiter beteiligen.

Bieten neuen Technologien, die vielleicht umweltschonender und leiser sind, auch die Chance, dass die Industrie in die Stadt zurückkehrt?

Da hat Berlin – gemeinsam mit Brandenburg - große Chancen. Künstliche Intelligenz oder auch 3D-Druck als neue Produktionstechnologie können zu einer Renaissance der Industrie führen, die auch sehr viel stadtverträglicher sein kann. Insgesamt ist die Transformation der Industrie ein Moment, bei dem Felder neu abgesteckt werden. Da sollte Berlin selbstbewusst genug sein, sich Ziele bei neuen Industriearbeitsplätzen zu setzen, um nach vorne zu kommen. 250.000 Industriearbeitsplätze als nächstes Zwischenziel in Berlin und Brandenburg sind aus meiner Sicht erreichbar.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF